

Antrag der Fraktion der CDU

Freie Fahrt bis 21 – Kostenfreies Schülerticket jetzt einführen!

Der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) muss ein Handlungsschwerpunkt der nächsten Jahre sein, denn nur mit einem nutzerfreundlichen und flächendeckenden Ausbau des Bahn- und Busnetzes kann Bremen wachsen und die gesellschaftliche Teilhabe aller Bremerinnen und Bremer sicherstellen. Eine gute Anbindung an den regionalen und überregionalen ÖPNV ist gleichermaßen von Bedeutung für die Verkehrsinfrastruktur von Gewerbe und Wohngebieten, wie für Menschen, die aus dem Umland zum Arbeiten oder in der Freizeit zu uns kommen. Einer besonderen Funktion kommt dem ÖPNV bei der Schülerbeförderung zu. Dieser ist für die meisten Schülerinnen und Schüler eine verlässliche und oftmals auch die einzige Alternative zum Auto. Allerdings bedeutet diese Alternative derzeit für Familien hohe Kosten. Das Schülermonatsticket kostet in der Stadtgemeinde Bremen 48,30 Euro. Zieht man einen Ferienmonat im Sommer ab entstehen Eltern pro Kind Kosten in Höhe von 531,30 Euro pro Jahr.

Die Chancengleichheit bei der Bildung muss auch die Mobilität zu den Bildungseinrichtungen miteinschließen. Der Geldbeutel der Eltern darf sich nicht einschränkend auf das Fahrverhalten und die damit verbundene Wahlfreiheit der Schülerinnen und Schüler auswirken. Die unterstellte Reduzierung des Fahrradverkehrs sollte deshalb keine entscheidende Rolle bei der Bewertung von einer kostenfreien Teilhabe am ÖPNV für Schülerinnen und Schülern spielen. Gleichzeitig ermöglicht ein kostenfreier ÖPNV für Schülerinnen und Schüler auch eine soziale Teilhabe an außerschulischen Aktivitäten, weil die Mobilität dafür oftmals eine Grundvoraussetzung ist.

Erwartbare Fahrgastzuwächse müssen durch einen Ausbau des Fuhrparks der BSAG kompensiert werden und dürfen keinen Einfluss auf die Tarifstruktur haben. Die geschätzten Mindereinnahmen bei den Beförderungserträgen in Höhe von circa 15,00 Millionen Euro müssen von der Stadtgemeinde ausgeglichen werden.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. zum Beginn des Schuljahres 2020/2021 allen Schülerinnen und Schülern an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen bis zum 21. Lebensjahr ein kostenloses Monatsticket zur Verfügung zu stellen und die dafür erforderlichen finanziellen Mittel bereitzustellen,
2. mit der Bremer Straßenbahn AG zeitnah über das zu erwartende Nutzungsverhalten sowie über die Kostenentwicklung Gespräche zu führen,
3. sich beim Zweckverband Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen für ein überregionales kostenfreies Schülermonatsticket einzusetzen,

4. der städtischen Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung im ersten Quartal 2020 über den Umsetzungsstand zu berichten.

Heiko Strohmann, Martin Michalik, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU